fachung oder gar eine Verhundertfachung der Windindustrie oder der Anzahl der Photovoltaikanlagen nichts. Denn hundertmal null ist immer noch null.

Herr Minister, Sie haben wieder etwas ausgelassen, nämlich die Speicher. Frau Brems hat in ihrem Antrag auch nichts zu Speichern gesagt. Warum nicht? Weil Sie die nicht haben. Seit Jahren erzählen Sie uns, Herr Minister, immer wieder, dass die Pumpspeicherkraftwerke kommen werden. Dafür stellen Sie immer wieder Haushaltsmittel ein. Aber sie kommen nicht. Und Sie wissen auch, warum. Wir bräuchten allein in Nordrhein-Westfalen 1.154 dieser Pumpspeicherkraftwerke, um auch nur eine Woche Dunkelflaute zu überstehen, aber wir können nur 27 bauen. Momentan haben wir drei Stück; die Zahlen kennen Sie selbst.

Wo wollen Sie eigentlich die Fläche für diesen Windindustriearbeiters ausbauen hernehmen? Und bedenken Sie die Bürger, die dagegen demonstrieren? Ich meine nicht die in den Städten; denn in die Städte kommt ja kein Windrad. Die Windräder werden ja im Paderborner Land aufgestellt.

Frau Dr. Peill und der Minister sprachen auch immer wieder davon, man könnte noch früher aus der Kohle aussteigen. Wie wollen Sie das denn machen? Wollen Sie Kernkraftwerke bauen? Wollen Sie mehr Erdgaskraftwerke bauen? Sie sprechen schon jetzt von einem Kohleersatzbonus, also dem nächsten Subventionsgeschäft, das da kommen wird, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Sie sprachen auch von Bezahlbarkeit, Herr Minister. Was heißt denn für Sie Bezahlbarkeit? Sind es 30 Cent pro Kilowattstunde, 40 Cent pro Kilowattstunde, 50 Cent pro Kilowattstunde? Was sind denn Ihre Limits? Sie sagen: Nein, nein, das kommt demnächst nicht mehr aus der EEG-Umlage, sondern aus einer CO₂-Steuer. – Also linke Tasche, rechte Tasche.

Der im Fraktionsvorstand und im Kompetenzteam befindliche Herr Jung von der CDU fordert jetzt schon 180 Euro pro Tonne CO₂. Damit liegen wir dann nicht nur beim Strom ganz weit oben, sondern auch beim Spritpreis sind wir dann bei 2 Euro. Dann müssen Sie den Menschen erklären, wie sie noch zum Arbeitsplatz kommen sollen, wie sie pendeln sollen. Bitte erklären Sie uns das, Herr Minister. Sie haben ja noch die Redemöglichkeit. Erklären Sie den Menschen bitte, wie sie das noch bezahlen sollen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung über den Antrag Drucksache 17/14942 beantragt. Ich darf deshalb fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/14942 zustimmen möchte. – Das ist die antragstellende Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppel. Gibt es einen Kollegen oder eine Kollegin, der bzw. die sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/14942 abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

4 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zur Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 und dem Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Behörden (PUA Hochwasserkatastrophe)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14944 – Neudruck

In Verbindung mit:

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen zur Prüfung der Vorwürfe über mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Landesregierung beim Katastrophenschutz und beim Krisenmanagement vor und nach der Flutkatastrophe (PUA Flutkatastrophe)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14948

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellenden Fraktionen zunächst der Abgeordneten Kollegin Verena Schäffer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten hier gestern Morgen eine sehr würdige Gedenkstunde für die Opfer der Flutkatastrophe. 49 Menschen haben allein in Nordrhein-Westfalen in dieser Hochwasserkatastrophe ihr Leben verloren. Es gibt außerdem viele verletzte Menschen, traumatisierte Menschen, die alles

verloren haben, darunter Erinnerungsstücke, die durch die Fluten weggerissen und vernichtet wurden.

Wir alle wissen, dass uns der Wiederaufbau noch viele, viele Jahre hier in Nordrhein-Westfalen beschäftigen wird. Ich denke, es ist auch klar – und so haben wir das hier immer gemeinsam diskutiert –, dass es jetzt um schnelle Hilfen für die Betroffenen gehen muss.

Aber auch die Aufarbeitung ist wichtig; ich finde, das sind wir den Opfern schuldig. Es ist auch wichtig, um offene Fragen aufzuarbeiten und aus den Antworten Konsequenzen ziehen zu können.

Unsere Aufgabe als Abgeordnete, als Parlament ist es, Gesetze zu verabschieden. Unsere Aufgabe ist es aber auch, die Landesregierung zu kontrollieren. Wann, wenn nicht jetzt – nach einer Katastrophe mit 49 Toten und mit der Fragestellung, wie die Landesbehörden konkret vor, während und nach dieser Katastrophe gehandelt haben – sollten wir als Parlament das Instrument eines Untersuchungsausschusses nutzen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wann hat wer welche Unwetterwarnung erhalten, und warum hat die Landesregierung sie nicht entsprechend eingeordnet? Welche Unterstützung haben die Kreise und die kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden vom Innenministerium und den Bezirksregierungen erhalten? Warum hat das Innenministerium die Bezirksregierungen erst am 15. Juli um 1:20 Uhr nachts angeordnet, ihr Krisenmanagement bis morgens um 7 Uhr hochzufahren? Warum gab es keine entsprechende Kommunikation? Warum wurden die anderen Kommunen nicht von der Landesregierung gewarnt, als in einigen Städten das Wasser bereits über die Ufer getreten ist? Welche Rolle hätte das Land hier einnehmen müssen?

Das ist nur ein Bruchteil der Fragen, die nach wie vor nicht aufgeklärt sind. Meine Fraktion und auch die SPD halten deshalb einen Untersuchungsausschuss für unverzichtbar.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Gestern hieß es in der Debatte, wir wollten im Untersuchungsausschuss jeden Landrat, jeden Bürgermeister sowie alle Einsatzkräfte vorladen und vernehmen. Das ist schlichtweg falsch, und das wissen Sie auch; das ist Stimmungsmache.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen die Arbeit der Landesbehörden untersuchen; genauso steht es auch im Einsetzungsantrag. Dazu gehört selbstverständlich auch die Kommunikation der Landesbehörden in Richtung Kommunen. Klar ist aber: Wir werden nicht jeden Landrat und jeden Bürgermeister vernehmen wollen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Hätten Sie den Antrag gelesen, wüssten Sie das auch.

Dann kam der Vorwurf, wir würden uns verweigern, parallel Konsequenzen zu ziehen. Ich will klar dagegen sprechen: Sie wissen, dass wir im Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch gerade aufarbeiten und gleichzeitig schon Konsequenzen gezogen worden sind; beides schließt sich nicht aus. Ich will noch einmal deutlich sagen: Wir stehen gerne zur Verfügung, um konstruktiv an Konsequenzen zu arbeiten.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ja!)

Es war übrigens der Minister, der uns gestern jegliche Antwort schuldig blieb, was denn aus seiner Sicht Konsequenzen sein könnten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will noch etwas klarstellen, was mir wichtig ist: Der Minister hat gestern wider besseren Wissens die Behauptung aufgestellt, wir würden einen gemeinsamen Antrag mit der AfD stellen. Das stimmt nicht; Herr Reul, Sie wissen das. Das ist reiner Populismus.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das war ein populistischer Schlag, weil wir Sie gestern in der Debatte offenbar so sehr getroffen haben. Nein, wir werden heute einen Einsetzungsbeschluss mit den Stimmen von Grünen und SPD fassen. Das ist mir sehr wichtig, weil ich klar sagen will, dass wir nicht mit der AfD – einer rassistischen Partei – gemeinsame Sache machen.

Ich sage auch in aller Deutlichkeit: Dass Querdenker und rechtsextreme Gruppierungen versucht haben, die Hochwasserkatastrophe für ihre Zwecke zu nutzen, ist schäbig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Klar ist doch: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine starke Zivilgesellschaft. Dazu gehören die Freiwilligen Feuerwehren und die anerkannten Hilfsorganisationen, das THW, aber auch die vielen spontanen Helferinnen und Helfer, die angepackt haben. All denen möchte ich mein herzliches Dankeschön für ihre Tatkraft und ihr Engagement während dieser Katastrophe aussprechen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kollegin Schäffer.

An der Stelle möchte ich einen Hinweis geben, weil ich nicht genau weiß, wie ich es vorhin genau formuliert hatte: Es handelt sich selbstverständlich um Anträge der Abgeordneten der jeweiligen Fraktionen. Das ist in diesem Falle wichtig, weshalb ich das noch einmal ausdrücklich für das Protokoll erklären will.

Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kämmerling das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Stefan Kämmerling (SPD): Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Juli-Hochwasser hat wesentliche Teile unseres Landes in einen zuvor nicht vorstellbaren Ausnahmezustand versetzt. Es hat Menschen an den Rand dessen gebracht, was sie zu bewältigen und zu verkraften fähig sind.

Mich lässt der Besuch bei einem Ehepaar in einer früheren Bergbausiedlung im Eschweiler Stadtteil Pumpe nicht mehr los. Was ich dort gesehen habe, war einmal ein Haus, das jetzt praktisch nur noch aus Grundmauern besteht. Was sich in dem Haus befand, ist weg – es ist nicht nur zerstört worden, sondern es ist weg. Alles ist weg, mitgerissen vom Fluss: die Schallplattensammlung, die Familienalben, der Kühlschrank und die Möbel – alles ist weg; nichts ist mehr dort. Wenn es einen Ortstermin nach dem 15. Juli gegeben hat, der mich sprachlos gemacht hat, dann war es dieser.

Wenn Sie heute durch die Überschwemmungsgebiete gehen und nicht in den ersten 14 Tagen nach dem Hochwasser schon gesehen haben, wie es da aussah, glauben Sie kaum, was dort am 14. und 15. Juli geschehen ist. Es ist unmöglich, mit Worten zu beschreiben, was Menschen schaffen können, wenn sie zusammenhalten.

Ich weiß nicht mehr genau, wie lange es gedauert hat, bis die Menschen ihr zerstörtes Hab und Gut vollständig auf die Straße gestellt hatten; ich würde sagen, das waren etwa vier Wochen. Ich weiß aber noch, dass ich die ersten nicht enden wollenden Menschenketten, die Sperrmüll von Hand zu Hand reichten, keine vier Stunden, nachdem sich das Wasser zurückgezogen hatte, bereits sah.

Die Massen an Müll kann man nicht in einer Rede beschreiben. Man kann sie nicht greifbar machen, denn selbst, wenn man es vor Ort gesehen hat, erscheint das bis heute surreal. Die Kommunen an Inde und Vicht haben in sechs Wochen die Menge an Sperrmüll abgefahren, die ansonsten in einem Zeitraum von 27 Jahren anfällt.

Gehen Sie heute dort entlang, wo vor sieben Wochen noch das Wasser war, brummen aus jedem zweiten Haus die Bautrockner. Das hat etwas von Aufbruch, aber Aufbruch darf man nicht mit Abschluss verwechseln. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen von uns zeitnah Antworten. Ihnen steckt der Schrecken nach wie vor in den Gliedern. Neben den Hilfen, über die wir gestern richtigerweise ausführlich gesprochen haben, haben die betroffenen Menschen nach meiner Auffassung jetzt drei Fragen, die die Politik aufzuklären hat:

Erstens. Warum ist diese Katastrophe so eingetreten?

Zweitens. Gibt es Fehler in dem System, das Menschen eigentlich schützen soll?

Drittens. Was muss getan werden, damit sich der Juli 2021 nie mehr wiederholt?

Gestern wurde die Frage nach der Aufarbeitung schon ein Stück weit vorweggenommen, aber bei allem ohne Frage angebrachten Respekt vor der Meinung politischer Mitbewerber will ich sagen: Ob die Landesregierung oder die CDU/FDP-Koalition einen Untersuchungsausschuss befürworten oder nicht, ist nach dem Desaster vom Juli 2021 für die SPD-Landtagsfraktion nicht handlungsleitend.

(Beifall von der SPD)

Handlungsleitend ist für uns der Anspruch der Menschen in den Hochwassergebieten, dass dieses Parlament alles in seiner Macht Stehende unternimmt, damit sich nicht wiederholt, was so viel Leid verursacht hat.

Entscheiden Sie für sich, ob Sie als Koalition und Landesregierung den Weg von gestern weitergehen und die potenzielle Aufarbeitung durch einen Untersuchungsausschuss schon im Ansatz diskreditieren wollen.

Wir haben uns entschieden. Wir wählen den Weg der Aufklärung und laden Sie ein, diesen mitzugehen.

(Marc Lürbke [FDP]: Wir haben eine Enquete-kommission angeboten, Herr Kollege!)

Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kämmerling. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Frau Schäffer, was Sie eben getan haben, ist schäbig. Sie instrumentalisieren die Opfer, die Flut, die Katastrophe für Ihre völlig abstruse Ideologie. Ihnen sind die Menschen dort vor Ort doch völlig egal. Sie verbreiten hier Angst und Schrecken mit Ihren Weltuntergangsszenarien. Das ist nicht nur schäbig, das ist sogar niederträchtig.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das Einzige, was in diesem Land sofort funktioniert hat, war die beispiellose Hilfsbereitschaft der vielen freiwilligen Helfer. Die Solidarität der Bürger untereinander hat funktioniert.

Die Spuren dessen, was eben nicht funktioniert hat und was immer noch nicht funktioniert, drohen bereits jetzt zu verwischen – nein, sollen verwischt werden. Das hat die gestrige Einbringung durch den Innenminister doch deutlich aufgezeigt.

Es wurde kein einziger Fehler konkret benannt, keine einzige neue Information mitgeteilt, kein Hinweis auf kurzfristige Schutzmaßnahmen für die betroffenen Gebiete gegeben. Stattdessen hat man sich wie so oft hier im Hohen Haus hinter der überwältigenden Hilfsbereitschaft der Ehrenamtler versteckt, sich selber auf die Schultern geklopft, auf Werkstattgespräche und Expertenrunden verwiesen.

Gespräche und Expertenrunden braucht es in der Tat. Was aber jetzt sofort und dringend umgesetzt werden muss, liegt doch ganz klar auf der Hand: Beschaffen Sie endlich Bautrockner, helfen Sie bei Aufräumarbeiten, unterstützen Sie mit Geld und Sachleistungen, schließen Sie die Häuser an Strom und Heizungen an, bevor der Winter kommt, installieren Sie funktionierende Warnsirenen, fördern Sie den Ausbau von Fahrzeugen mit mobilen Lautsprecheranlagen, und stellen Sie sicher, dass der WDR in Zukunft bei Gefahrenlagen sein Programm für Warnhinweise unterbricht. – Das sind nur einige Vorschläge, die Sie schnell und ohne großen Aufwand umsetzen könnten und die sofort einen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung leisten würden.

Was behauptet Armin Laschet am 25. August im Bundestag auf die Frage meines Parteikollegen Kay Gottschalk? – Mit einer Radiomeldung hätte man das auch nicht verhindern können. Was für eine skandalöse Aussage! Drucken Sie diese doch mal auf ein Wahlplakat und hängen Sie das in den Flutregionen auf. Ich bin gespannt, was die Menschen dann zu Ihnen sagen.

(Beifall von der AfD)

Nein, Herr Laschet – schade, dass er nicht hier ist –, das Wasser hätte man mit Fernseh- und Radiomeldungen nicht aufhalten können. Diese hätten aber durchaus Leben retten können. Also frage ich Sie: Hätte man es mindestens mal versuchen sollen? Offenbar fehlte Ihnen, Herr Laschet, aber auch Ihnen, Herr Reul – tippen Sie ruhig weiter auf Ihrem Handy –, und vielen weiteren Verantwortlichen der Mut, eine Entscheidung bezüglich einer Evakuierung der Risikogebiete zu treffen.

Ja, eine solche weitreichende Entscheidung, die im Nachhinein vielleicht nicht nötig gewesen wäre, hätte Ihnen den Unmut der Betroffenen in den Regionen einbringen können. Wir als AfD sagen: lieber eine Warnung zu viel als der potenzielle Verlust eines einzigen Menschenlebens.

(Beifall von der AfD)

Jedem hier sollte klar sein, dass diese Katastrophe mit Geld und großen Worten alleine nicht aufzu-

arbeiten ist. Emotionale Reden wie im Aachener Dom und Gedenkveranstaltungen im Landtag helfen den Betroffenen in ihrer Not vor Ort nicht weiter.

Wir müssen offen über die Fehler und Verantwortlichkeiten reden. Es darf nicht sein, dass Abgeordnete wie gestern Herr Vossemer und Herr Pfeil die Ehrenamtler gegen das Parlament ausspielen. Ich bin der Überzeugung, dass auch jeder Ehrenamtler und jeder Helfer wissen möchte, wer dieses katastrophale Krisenmanagement zu verantworten hat.

Die Menschen müssen Gewissheit haben, müssen sich in Zukunft darauf verlassen können, dass sie rechtzeitig gewarnt und in Sicherheit gebracht werden. Sie haben das Recht darauf, sich in den eigenen vier Wänden wieder sicher zu fühlen. Das sind wir den Opfern schuldig. Das müssen wir als Land leisten.

Was machen Sie, Herr Reul? Bei der Pressekonferenz nach der Flut sagten Sie allen Ernstes, es sei gar nicht zu wenig gewarnt worden, Schuld sei die Befindlichkeit der Menschen, die glauben – Zitat –: „Wir leben in einer heilen Industriewelt ... – und uns kann nichts passieren“. Damit geben Sie den Opfern die Schuld.

(Bernd Krückel [CDU]: Freizeit!)

Finden Sie, Herr Innenminister, auch einen Schuldigen dafür, dass der hydrologische Lagebericht nicht bei der Bezirksregierung Köln angekommen war? Vermutlich sind die zuständigen Landräte und Bürgermeister daran schuld, die Warnung des Deutschen Wetterdienstes unterschiedlich interpretiert zu haben. Für alles finden Sie jemanden, der Schuld hat.

Dafür, dass das Innenministerium nicht vom Warnerlass Gebrauch machte, anhand dessen es den Einsatz von Feuerwehr und Katastrophenschutz einfach selbst hätte verordnen können, trägt aber nur einer die Schuld: Sie allein, Herr Reul.

Auch für die vielen Abstimmungsprobleme in den Führungsstrukturen sind Sie verantwortlich. So sagten Sie am 28. Juli im Innenausschuss über den Koordinierungsstab – Zitat –: „Die haben das super gemacht ...“

Herr Innenminister, super wäre es gewesen, rechtzeitig einen Krisenstab einzuberufen, der schnelle Entscheidungen über Ressortgrenzen hinweg getroffen hätte.

Super wäre es gewesen, wenn die Sirenen, für die Sie 20 Millionen Euro ausgegeben haben, auch gewarnt hätten.

Super wäre es gewesen, wenn überlebenswichtige Abläufe eingeübt worden wären.

Super wäre es gewesen, wenn Sie die richtigen Lehren aus dem Warntagdebakel von 2020 gezogen hätten.

Super wäre es auch gewesen, wenn der WDR die „ARD-Popnacht“ für deutliche Warnhinweise unterbrochen hätte, statt die Leute sprichwörtlich im Regen stehen zu lassen.

Herr Reul, nichts, aber auch wirklich gar nichts ist an diesen Tagen vor und in der Nacht der Flut super gewesen.

(Beifall von der AfD)

Sie sehen: Eine Aufklärung des politischen Versagens ist wirklich dringend notwendig.

Im Umweltausschuss sagte Frau Heinen-Esser sinngemäß, die Aufarbeitung des Versagens interessiere niemanden; das Einzige, was die Menschen derzeit bewege, sei der Wiederaufbau. Falsch, Frau Ministerin. Mindestens genauso wichtig ist es den Opfern und Angehörigen, zu wissen, wer für diese Tragödie verantwortlich ist. Die Menschen haben geradezu ein Recht darauf, zu erfahren, wer hier die Verantwortung trägt.

Warum wurden die vollen Talsperren nicht abgelassen? Warum wurde kein Krisenstab einberufen? Warum funktionierten die Frühwarnsysteme nicht? Warum haben die Öffentlich-Rechtlichen nicht gewarnt? Warum wurde nicht evakuiert? Warum mussten in Nordrhein-Westfalen 49 Menschen sterben? Nur wer all das klärt, leistet einen Beitrag dazu, dass ein vorhersagbares Naturereignis nicht erneut infolge menschlichen Versagens zu einer Naturkatastrophe wird.

Wer wie alle anderen Parteien glaubt, mit immer neuen Steuern oder einer CO₂-Bepreisung solche Naturereignisse verhindern zu können, dem geht es nicht um die Menschen – das hat Frau Schäffer heute deutlich gemacht –, sondern nur um die eigene Ideologie. Anders als die Grünen werden wir Naturereignisse nicht instrumentalisieren, um die Bürger mit abstrusen Weltuntergangsszenarien an die Wahlurnen zu treiben. Das ist nicht unser Verständnis von Politik.

Wir wollen zur Aufklärung beitragen. 49 Menschen klagen an. Unsere Aufgabe als Opposition ist es, ihnen eine Stimme zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keith. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Schnelle das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Thomas Schnelle (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Keith,

auch wenn wir eine andere Meinung als die Opposition dazu haben, wie diese Flutkatastrophe aufgearbeitet werden soll, unterstelle ich keiner der demokratischen Parteien die Absicht, die Opfer für das politische Geschäft instrumentalisieren zu wollen.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das ist ein Geschäft, das Sie bestens beherrschen. Das haben wir hier schon an vielen Stellen gesehen, und das hat Ihre Rede heute wieder gezeigt.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wir haben gestern in der Gedenkstunde und der anschließenden Diskussion die schrecklichen Auswirkungen dieser Flut ausführlich dargelegt und besprochen. Wir haben innegehalten und gedankt. Heute geht es darum, wie wir diese Flutkatastrophe aufarbeiten, und es geht um die Einsetzung eines PUAs.

Ich darf deshalb mit Erlaubnis der Präsidentin mit einem Zitat beginnen:

„Bei einer solchen Sturzflut sollte man nicht fragen, wer an Pannen beim Katastrophenschutz schuld ist. Die wichtige Frage ist: Wie kann man das in Zukunft verhindern?“

Das sagte Bernhard Braun, Fraktionsvorsitzender der Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag, Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler, zitiere ich wie folgt:

„Deshalb sind wir überzeugt, dass eine Enquete-Kommission mit ihrer tiefgehenden Analyse, aber eben auch dem offenen Austausch mit Sachverständigen der bessere Weg ist als der von CDU sowie AfD angekündigte Untersuchungsausschuss, der nur zurückblickt.“

(Bodo Löttgen [CDU]: So ist es!)

Die oppositionelle CDU im rheinland-pfälzischen Landtag hat dem zugestimmt, und die Einrichtung einer Enquetekommission ist einstimmig beschlossen worden. Wir als CDU/FDP-Koalition sind der Meinung, dass der in Rheinland-Pfalz eingeschlagene Weg der richtige ist. Beide Länder sind ähnlich betroffen, uns unterscheidet lediglich, dass in NRW im nächsten Jahr Landtagswahlen sind und dass der Ministerpräsident gerade Kanzlerkandidat ist.

(Bodo Löttgen [CDU]: So ist es!)

Der PUA ist aber Ihr gutes parlamentarisches Recht, und wir als CDU-Fraktion werden in einem solchen Untersuchungsausschuss natürlich konstruktiv mitarbeiten.

Sowohl die Landesregierung als auch alle demokratischen Fraktionen sind sich einig: Eine solche Katastrophe darf sich in unserem Land nicht wiederholen.

Nicht nur die unmittelbare Unterstützung der Menschen vor Ort und der schnelle Wiederaufbau in den betroffenen Regionen müssen jetzt hohe politische Priorität haben, sondern auch die Suche nach den Ursachen. Das sind wir insbesondere den Betroffenen der Flutkatastrophe schuldig.

Wir haben zur Thematik der Unwetterkatastrophe bereits gestern ausgiebig debattiert, auch über das Für und Wider eines Untersuchungsausschusses ist gesprochen worden. Gemäß Ihrem Antrag hat der PUA den Auftrag,

„mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung, vor allem, jedoch nicht ausschließlich, der Staatskanzlei, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sowie ihrer nachgeordneten Behörden ... zu untersuchen.“

Aufklärung ist notwendig. Aber ist der eigentliche Zweck dieser Aufklärung nicht eher, herauszufinden, wie wir die Schäden bei möglichen zukünftigen Ereignissen solcher Art schnellstmöglich minimieren können? Gerade nach der gestrigen Debatte kann ich doch annehmen, dass jeder und jede hier im Hohen Haus das gleiche Ziel verfolgt: für ähnliche Ereignisse in Zukunft vorzusorgen, den Katastrophenschutz zu stärken und Probleme, die wir bei der Katastrophe beobachten konnten, zu beheben.

Wir unterscheiden uns in der Frage, wie dieses Ziel am besten verfolgt werden sollte. Meine Fraktion und die der FDP sind der Ansicht, dass die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses uns in dieser Sache nicht zum Ziel führt, sondern dem Ziel eventuell sogar abträglich ist. Die möglichen Ziele des Untersuchungsausschusses werden größtenteils bereits verfolgt. Wir haben schon viele Hinweise erhalten, wo wir was im Katastrophenschutz verbessern müssen, damit die Nothilfe beim nächsten Mal besser funktioniert.

Wir haben schon Erkenntnisse zu den größten Problemen, die kurz vor und dann bei der Bewältigung der Katastrophe aufgetreten sind – etwa dazu, welche Kommunikation fehlgeschlagen oder nicht schnell genug vonstattengegangen ist. Es gab Sondersitzungen im Innenausschuss und im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, in denen die jeweiligen Minister, Herr Minister Reul und Frau Ministerin Heinen-Esser, bereits ausführlich über diese Dinge gesprochen haben.

Wir und auch die Fraktion der Grünen haben gerade erst mit Katastrophenschützerinnen und -schützern gesprochen. Mit den Hilfsorganisationen, den Rettern und den Feuerwehren haben wir ein Werkstattgespräch abgehalten. Die Untersuchung, welche Dinge falsch gelaufen sind, haben wir dort weitergeführt. Auch da wurde klar benannt, was schief-

gelaufen ist, was zu tun ist und was besser funktioniert kann, und zwar von denjenigen, die dort waren, die am eigenen Leib erfahren haben, was es heißt, wenn man in unübersichtlichen Einsatzlagen ohne Funk, ohne Informationen, ohne Internet, mit der Aufgabe, Leben zu retten, steht

Es wäre aus unserer Sicht ein Fehler, so zu tun, als wenn es nun die wichtigste Aufgabe des Parlaments wäre, Schuldige für die Katastrophe zu suchen. In einem PUA hätten wir nämlich neben der Landesregierung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien und der Bezirksregierungen auch – und das haben Sie gerade bestritten – Landräte, Bürgermeister und schlimmstenfalls viele Ehrenamtler vor uns.

(Zuruf von der SPD)

Frage 42 lautet zum Beispiel:

„Wie sind die Lagezentren und die Leitstellen der Katastrophenschutzbehörden in NRW technisch und personell ausgestattet?“

Dazu müssen wir natürlich diejenigen Personen befragen, die dafür zuständig sind, und das sind Landräte und Bürgermeister.

Sie sagen, dass es Ihnen nicht darum gehe, Schuldige zu finden. Ich sage ganz klar: Wenn das nicht der Fall ist und wir schlicht nach Lösungen und Verbesserungen bezüglich des Katastrophenschutzes suchen, wäre eine Enquetekommission eindeutig das bessere Instrument.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die beteiligten kommunalen Verwaltungen vor Ort haben doch jetzt Besseres zu tun, als Akten für einen PUA zusammenzustellen. Wie wollen Sie den Betroffenen vermitteln, dass die wenigen Mitarbeiter, die sie noch haben, um sich um den Wiederaufbau vor Ort zu kümmern, sich jetzt um einen PUA kümmern müssen?

Die Landesregierung steht so oder so in der Verantwortung. Verantwortung muss hier und jetzt aber bedeuten, schnellstmöglich Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Opposition in Rheinland-Pfalz. Diese geht den verantwortungsbewussten Weg und hat gemeinsam mit der Regierung eine Enquetekommission beschlossen. Sie hat im Sinne einer schnelleren Verbesserung des Katastrophenschutzes auf einen PUA verzichtet.

Ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Antrag aufrechterhalten. Ich habe bereits gesagt, dass wir konstruktiv mitarbeiten. Wir werden uns daher in parlamentarischer Gepflogenheit bei der Abstimmung zu Ihrem Antrag auf Einsetzung eines PUA enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schnelle. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Unwetterkatastrophe im Juli hat unser Land ins Herz getroffen. 49 Menschen haben ihr Leben verloren, eine unfassbare Tragödie. Familien und Freundschaften wurden durch die Wassermassen für immer auseinandergerissen.

Neben dem unermesslichen menschlichen Leid hat die Flut auch einen immensen materiellen Schaden angerichtet. Die materiellen Schäden der Flutkatastrophe an Straßen, Häusern und Brücken werden behoben. Da bin ich sicher. Aber die psychischen Wunden der betroffenen Menschen bleiben zurück.

Der Preis dieser Katastrophe wird sich niemals nur in nüchternen Schadensbilanzen ausdrücken lassen. Deswegen ist die gewissenhafte Aufarbeitung dieser schrecklichen Tragödie für uns alle ganz sicher Verantwortung und Verpflichtung zugleich.

Nur dank des beispiellosen und unermüdlichen Einsatzes der Feuerwehr und des THW, der Hilfsorganisationen sowie der Bundeswehr und zahlreicher Bürgerinnen und Bürger konnte noch Schlimmeres verhindert werden. Unser Dank – das will ich noch mal bekräftigen – gilt daher in besonderem Maße allen Helferinnen und Helfern, die Tag und Nacht im Einsatz waren und es in Teilen ja nach wie vor sind.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Wasser ist weg. Die Arbeit ist und bleibt umfassend. Der Wiederaufbau von Wohnungen, Häusern, Straßen und Brücken muss geplant, finanziert und vor Ort durchgeführt werden. Dabei stehen die Städte und Kommunen finanziell und organisatorisch vor großen Herausforderungen. Ich bin wirklich froh und stolz, dass wir alle hier im Angesicht der akuten Not zusammenrücken und gestern gemeinsam alles Notwendige auf den Weg gebracht haben, um mit einem umfassenden Maßnahmenpaket schnell und unbürokratisch zu helfen.

Gleichzeitig gilt es natürlich, hier im Parlament die Ereignisse aufzuarbeiten. Das steht außer Frage. Selbstverständlich gilt es auch, viele Fragen zu stellen. Eine Frage wird immer lauter: Wie gut funktioniert denn der nordrhein-westfälische Katastrophenschutz? An welchen Stellschrauben müssen wir ganz konkret drehen, damit er in Zukunft noch besser funktioniert und sich ein solches Ereignis nicht wiederholen kann?

Angesichts des großen Leids der betroffenen Menschen sollte für uns alle klar sein, dass es dabei kein parteitaktisches Lavieren geben darf. Wir müssen im

besten Interesse der Menschen unseres Landes kritisch hinschauen und evaluieren, was schiefgelaufen ist.

Denn eines ist ohne Frage deutlich geworden: Wir müssen und wollen uns besser aufstellen. Wir müssen gemeinsam schauen, wie wir den nordrhein-westfälischen Katastrophenschutz insgesamt besser und noch zukunftsfester machen können.

Dies sind wir den Opfern der Flutkatastrophe schuldig, wie auch schon in den Reden der Vorredner deutlich geworden ist. Schuldig sind wir es allen Betroffenen – allen, die trauern, allen die ihr Haus, ihre Habe und ihre Andenken verloren haben, aber auch allen Helferinnen und Helfern, die beim Wiederaufbau mit anpacken. Diese Menschen erwarten von uns, dass wir hier die richtigen Schlüsse ziehen und uns nicht im politischen Klein-Klein verlieren.

Ich sage Ihnen aber auch – Thomas Schnelle hat es vorhin angesprochen –: Ich glaube nicht, dass die Menschen wollen, dass wir die Kommunen bzw. die Behörden in den betroffenen Flutregionen, die ja derzeit an der Belastungsgrenze arbeiten, über diese Belastungsgrenze hinaus noch zusätzlich durch eine Fülle von umfassenden Aktenanforderungen und Berichtspflichten belasten und noch weiter lahmlegen.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Wer will denn das?)

Ich bin sehr gespannt ...

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Aber wer sagt denn, dass wir das machen wollen?)

– Frau Kollegin, Sie machen auch nicht zum ersten Mal einen Untersuchungsausschuss. Sie wissen, was das auslöst. Und ich bin mir nicht sicher, ob Sie das bedacht haben.

(Beifall von der FDP – Christian Dahm [SPD]: Da bin ich ja mal gespannt auf eure Zeugenliste!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lürbke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. – Frau Abgeordnete Schäffer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Marc Lürbke (FDP): Ja, sehr gerne. Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Verena Schäffer¹⁾ (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege. Dieser Vorwurf ist gestern und heute schon mehrfach gefallen. Deshalb würde ich gerne wissen, woher Sie die Behauptung nehmen, dass wir umfangreiche Akten von den Kommunen anfordern wollen. Aus meiner Sicht geht

das aus dem Einsetzungsantrag in keiner Weise hervor.

Marc Lürbke (FDP): Frau Kollegin Schäffer, genau wie ich und viele andere in diesem Haus haben auch Sie bereits in Untersuchungsausschüssen gearbeitet. Denken Sie bei der Frage der Aktenhinzuziehung allein an die Erfahrungen im Untersuchungsausschuss „Kindesmissbrauch“. Überlegen Sie, was das in anderen Untersuchungsausschüssen auslöst. Ich bin mir sehr sicher, dass die Kommunen dabei in eine Situation kommen, in der sie berichten werden, in der sie berichten müssen, Frau Kollegin. Es wird Aktenanforderungen geben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie wollen doch die Wahrheit sagen!)

Damit lösen Sie genau das Gegenteil aus. Wir alle wollen den Menschen helfen. Das wollen wir doch alle gemeinsam. Wir wollen den Wiederaufbau nicht erschweren, sondern erleichtern. Ich bin weiterhin sehr skeptisch, ob das das Ergebnis eines Untersuchungsausschusses sein wird.

(Gordan Dudas [SPD]: Man kann einfach mal erklären, was los war!)

Weil es den Menschen vor Ort nicht hilft, haben wir Ihnen als Fraktionen von CDU und FDP stattdessen eine Enquetekommission zur vollumfänglichen Aufarbeitung und um Konsequenzen aus der Flutkatastrophe zu ziehen, vorgeschlagen.

Ich glaube, das ist der bessere Weg, weil er bei der Aufarbeitung nicht nur in den Rückspiegel schaut, sondern echte Verbesserungen für den Katastrophenschutz bringen kann. Er ist besser, weil die betroffenen Kommunen nicht noch weiter in eine Überlastungssituation kommen. Eine Enquetekommission ist zudem viel schneller handlungsfähig und kann tatsächlich Ergebnisse liefern. Ich glaube wirklich, dass eine Enquetekommission viel schneller zu Ergebnissen kommen kann als ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss. Das wissen auch Sie, wenn Sie sich ehrlich machen. Eine Enquetekommission wäre doch das viel besser geeignete Mittel, wenn wir wirklich schnell zu Veränderungen in Nordrhein-Westfalen kommen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von Verena Schäffer [GRÜNE] und Stefan Zimkeit [SPD])

Thomas Schnelle hat es schon zitiert, und mit Erlaubnis der Präsidentin mache ich das auch sehr gerne:

„Deshalb sind wir überzeugt, dass eine Enquete-Kommission mit ihrer tiefgehenden Analyse,

(Gordan Dudas [SPD]: Dann beantragt Sie doch einfach!)

aber eben auch dem offenen Austausch mit Sachverständigen der bessere Weg ist als der ... Untersuchungsausschuss, der nur zurückblickt. Auch das Vorschalten eines solchen Ausschusses würde die Arbeit einer Enquete-Kommission unnötig verzögern ...“

Das ist eine stimmige Argumentation, die ich teile. Sie stammt aber nicht von mir, sondern von der SPD-Fraktionsvorsitzenden im rheinland-pfälzischen Landtag, Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Und sie hat recht damit.

Ich frage Sie: Wo ist denn wirklich der Unterschied zu Rheinland-Pfalz?

(Gordan Dudas [SPD]: Reul! Reul ist der Unterschied!)

Bitte prüfen Sie sich da mal selbst. Bitte gehen Sie in sich.

(Gordan Dudas [SPD]: Ja, ja, das kennen wir von Ihnen! Das ist doch nichts Neues!)

Die Antwort kann, darf und sollte doch nicht sein, dass im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz aus Nordrhein-Westfalen ein Kanzlerkandidat kommt und dass im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz im Mai des nächsten Jahres Landtagswahlen sind.

(Dietmar Bell [SPD]: Wiederholen Sie doch nicht immer alles! Das ist langweilig! Alles schon dreimal gesagt! Totlangweilig! Tragen Sie doch mal was Neues vor!)

Wenn das Ihr Argument ist, dann wird der kommende Untersuchungsausschuss bereits hier und heute den Opfern und dem Leid der Menschen in den Hochwassergebieten nicht gerecht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Prüfen Sie sich bitte selbst.

In Rheinland-Pfalz hat man sich einstimmig – einstimmig! – auf eine Enquetekommission anstatt eines Untersuchungsausschusses verständigt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann beantragt sie doch! – Andreas Kossiski [SPD]: Ihr habt doch die Mehrheit! – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich meine, diesen Weg hätten wir auch in Nordrhein-Westfalen gehen sollen. Wir hatten Sie dazu eingeladen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Was erzählen Sie denn da? – Zuruf von Jochen Ott [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

– Anstatt zu schreien, hören Sie lieber zu. Verstehen Sie mich doch nicht falsch. Auch ich möchte aufklären. Auch ich und die Fraktionen von CDU und FDP wollen den Dingen auf den Grund gehen. Wir wollen Versäumnisse benennen. Denn nur so ist sichergestellt, dass sie sich nicht wiederholen.

Aber wir wollen, dass die parlamentarische Arbeit mehr ist als die bloße Rückschau auf das einzelne Ereignis.

(Andreas Kossiski [SPD]: Wie 2015!)

Der Blick in den Rückspiegel reicht allein nicht aus, und er wird auch der zentralen Aufgabe, der wir uns hier stellen müssen, nicht gerecht:

(Beifall von der FDP und der CDU)

dem Schutz der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen das Thema „Bevölkerungsschutz“ neu denken, Konzepte modernisieren, Abläufe optimieren und diese für künftige Ereignisse auf festen Boden stellen.

Meine Damen und Herren, wir werden uns selbstverständlich nicht versperren. Wir werden konstruktiv mitarbeiten in diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie jetzt gerade eben!)

Aber ich sage Ihnen auch – das ist mir wirklich wichtig –: Wir werden im weiteren Verlauf stets sehr genau darauf achten, ob es wirklich immer um die Sache geht oder ob Ihr Minderheitenrecht womöglich genutzt wird, um in Richtung des Wahlkampfes politische Tänze aufzuführen.

(Christian Dahm [SPD]: Oh, oh, oh! – Sven Wolf [SPD]: Das ist Verfassungsrecht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das wäre sehr schade, und das würde ganz sicher dem schrecklichen Leid der Menschen, dem unendlichen Leid in den betroffenen Gebieten nicht gerecht.

Prüfen Sie sich bitte auch selbst. Ich hoffe, dass wir diesen Weg nicht gehen, sondern dass wir alle sehr konstruktiv an der Verbesserung des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen arbeiten. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lürbke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächster Redner hat nun für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Dr. Nolten das Wort.

Dr. Ralf Nolten (CDU):

„Ach! und hundert Flüsse stürzen auf mich ein. ... Naß und nasser wirds im Saal und auf den Stufen. Welch entsetzliches Gewässer! Herr und Meister! hör mich rufen!“

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD] – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Die Angst, die aus Goethes „Zauberlehrling“ spricht,

(Karl Schultheis [SPD]: Der Zauberlehrling ist heute nicht hier!)

haben viele Menschen in den Bachtälern und Flussauen an den besagten Abenden Mitte Juli gefühlt – geflüchtet mit dem vollgepackten Auto und beim Blick auf die steigenden Fluten, bis hin zur Todesangst, eingeschlossen vom Wasser.

Dieser Angst können wir nur durch entschlossenes Handeln begegnen, jetzt und beim weiteren Wiederaufbau in den nächsten Monaten. Ein Redner sagte gestern sinngemäß: Geschwindigkeit ist ein Faktor zwischen Hoffnung und Fatalismus. – Recht hat er.

Das Dreisäulenkonzept aus technischem Hochwasserschutz mittels Hochwasserrückhaltebecken, Tal Sperren, Deichen usw., natürlichen Retentionsräumen und einer weitergehenden Hochwasservorsorge verbindet integrierten Hochwasserschutz mit einem risikoorientierten Hochwassermanagement. Entsprechend vielfältig sind die lokalen Handlungsoptionen und Akteurskonstellationen – im Gegensatz zum „Zauberlehrling“, bei dem der herbeigeeilte Meister mit einem einzelnen Befehl half.

Viele Dutzend Fragen haben die antragstellenden Fraktionen für einen PUA formuliert, zum Beispiel zu den Wasserverbänden. Die Fragen kann man stellen, aber anzunehmen, dass deren Beantwortung keine Personalressourcen bindet, ist eine Illusion. In den Wasserverbänden und kommunalen Behörden sowie in den Organisationen, die Mitglieder in Krisenstäbe und SAEs entsandt haben, sind Fachleute knapp.

Ist der Wiederaufbau zerstörter Gewässerstrecken und Ufer angesichts der im Winterhalbjahr erwartbaren Hochwässer jetzt nicht vorrangig? 300 Millionen Euro Schäden an Ufermauern sind zu verzeichnen. Dahinter stecken Tausende Arbeitsstunden.

Sollen sich die Hydrologen mit der Sichtung ihrer alten E-Mails beschäftigen und im Nachgang zu damaligen Telefonaten Vermerke erstellen, oder sollen sie sich aktiv in die Entwicklung des Hochwasserwarnsystems für die Mittelgebirgsflüsse in NRW einbringen?

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Oh Mann, oh Mann! – Zuruf von Angela Lück [SPD])

Ja, es gibt verschiedene Prognosemodelle zu Niederschlagsereignissen wie HOWIS Erft, und für große Flüsse gibt es auch komplexe Niederschlagsabflussmodelle.

Für kleinräumig auftretende kurze Dauerstufen mit typischerweise sehr hohen Intensitäten sind noch keine Aussagen möglich. Für sie braucht es Mes-

sungen mit sehr hoher zeitlicher und räumlicher Auflösung über eine längere Messzeit hinweg mittels Niederschlagsradarbildern, robuster Messstellen und Satellitenbildern. Das gilt gerade für die ungeregelten Wasserläufe in den Kerbtälern von Eifel und Bergischem Land. Plausibilitätsprüfungen und Validierungen zwischen Verbänden, Behörden und Forschungsinstituten erfolgen nicht mal eben im Vorübergehen.

Sollen Wasserverbände und Bezirksregierungen nicht besser die Kreise und Kommunen bei der Gefährdungsanalyse und der Entwicklung von leicht verständlichen Gefahrenkarten für betroffene Gebiete und Gebäude unterstützen?

HWWS-Info soll Flusssanliegern in Abhängigkeit von der individuellen Betroffenheit App- und Web-verfügbare Geoinformationssysteme mit punktgenauen Angaben anbieten, ergänzt um aktuelle Katastrophenschutzmitteilungen.

Für Hauseigentümer, Bauwillige und Architekten braucht es Leitfäden wie den der Stadtentwässerungsbetriebe Köln. Da geht es nicht nur um Lichtschächte, Rückschlagklappen, Grundstücksentwässerungen, hochgebaute Stromkästen oder den sachgerechten Innenausbau. Zurzeit finden erste Beratungstage auch schon in Eschweiler und Stolberg statt.

Es braucht die Erweiterung des vorhandenen Talsperrens simulationsmodells um die Echtzeitprognosefähigkeit zu Fließgeschwindigkeiten und zentimetergenaue Prognosen von Wasserständen am Unterlauf.

Die aus den Simulationsmodellen gewonnenen Betriebspläne, die sogenannten Lamellenpläne, sind hochkomplex und für die einzelnen Talsperren sehr unterschiedlich. Ihnen liegen intensive Beratungen, Abstimmungen und Entscheidungen auf Ebene der Talsperrenbetreiber, der Bezirksregierung und des Ministeriums zugrunde.

Es gibt in NRW 65 Talsperren mit einem Gesamtvolumen von etwa 1,2 Milliarden Kubikmetern. Sie dienen dem Hochwasserschutz, der Trink-, Brauch- und Kühlwasserversorgung, der Erholungsnutzung, der Energieerzeugung und weiteren Aspekten, zukünftig auch der Mindestwasserführung zu Auf- und Abstiegszeiten des Lachses. Für sie alle soll eine Überprüfung stattfinden, inwieweit sie stärker zum Hochwasserschutz beitragen können.

Bei kleinen Trinkwassertalsperren: Können Dämme erhöht werden? Ist über Verbundleitungen eine Abgabe im Vorfeld von Starkregenereignissen möglich, die anschließend kostenneutral kompensiert wird? Können in waldreichen Oberlaufgebieten Gräben über Schieber geschlossen, private Teiche und Seen stärker eingebunden werden?

Die Flut hat viele Menschen, Grundeigentümer, zum Nachdenken angeregt. Sie kommen jetzt mit ihren Anregungen auf die Wasserverbände und unteren Wasserbehörden zu.

Die Maßnahmen müssen kalkuliert und im Hinblick auf die verfügbaren Finanzmittel und die zeitliche Dringlichkeit priorisiert werden. In den nächsten Monaten soll ein erster Entwurf des Regionalplans Köln beraten werden und hat der Umweltausschuss des Landtags über den dritten Bewirtschaftungsplan der Wasserrahmenrichtlinie zu entscheiden. Welche Änderungen sind jetzt in Kenntnis der Flutauswirkungen noch nötig?

Es gibt noch Ersatztalsperrenstandorte. Soll die Platißbachtalsperre in der Gemeinde Hellenthal in Gänze oder nur in einem Ast realisiert werden? Sind Hochwasserrückhaltebecken möglich, deren Flächen weiterhin von Grünlandbetrieben genutzt werden können?

Projekte, die in den vergangenen Jahren am Grunderwerb scheiterten, scheinen jetzt möglich. Jetzt muss besprochen, verhandelt und gerechnet werden, nicht erst irgendwann.

Wenn der PUA aber erst einberufen wurde, entwickelt er seine Eigendynamik.

„Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister
Werd ich nun nicht los.“

Denken wir an die Menschen. Geben wir jetzt alle Kraft dem Wiederaufbau in den Flutregionen! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Nolten. – Als Nächster spricht Herr Kämmerling für die SPD-Fraktion.

Stefan Kämmerling (SPD): Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie komplex das Miteinander von Bächen, Flüssen, Talsperren und Rückhaltebecken ist, hat das Verbandsratsmitglied des Wasserverbands Eifel-Rur Dr. Nolten hier gerade absolut zutreffend beschrieben.

Herr Dr. Nolten, das war meines Erachtens eine der besten Reden des heutigen Tages, die dafür argumentiert hat, hier jetzt einen Untersuchungsausschuss einzusetzen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

um dieses komplexe Miteinander zu untersuchen und zu bewerten.

Ich habe eben, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, vor Ihnen gesprochen, habe einmal ab-

gewartet und will jetzt auf das eine oder andere Argument von Ihnen eingehen.

Sie argumentieren, die Betroffenen, die vom Hochwasser getroffenen Kommunen, hätten jetzt Wichtiges zu tun, als sich an der Aufklärung zu beteiligen.

Da weiß ich nicht, mit wem Sie gesprochen haben. Die haben selbstverständlich jetzt im Moment sehr viel zu tun. Die haben teilweise ihr Rathaus verloren und sitzen bei der AOK in einem angemieteten Verwaltungsgebäude. Ja, die haben viel zu tun. Aber wissen Sie was? Die haben auch ein Interesse daran, dass sie Aufklärung bekommen, warum sie so spät gewarnt worden sind, warum sie die Informationen, die sie selber nicht bewerten konnten, nicht erhalten haben.

(Beifall von der SPD)

Warum hat aus Düsseldorf niemand angerufen? Wo waren die Telefonate?

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Das mag Sie nicht interessieren. Die Kommunen, die abgesoffen sind, wollen das aber wissen.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Meine Damen und Herren, ich bin mit denen im Gespräch. Und das Feedback ist vernünftig. Die wollen von uns sehr wohl die Einsetzung dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Wenn Sie das anders sehen, haben Sie andere Gespräche geführt. Dass Sie eine andere Meinung haben, ist selbstverständlich auch in Ordnung.

Nach meiner Auffassung gibt es, wenn man sich der Frage nähert, ob man einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss benötigt oder nicht, zwei legitime Herangehensweisen.

Die Möglichkeit Nummer eins ist, dass man sich, bevor man mit der Arbeit angefangen hat, mit hydrogeologischen Lageberichten, mit der Frage, was der Innenminister in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli beschlossen hat, und mit der Frage, was die Umweltministerin in den Tagen zuvor weder beschlossen noch kommuniziert hat, auseinandersetzt. Das fände ich eine legitime Herangehensweise.

Eine zweite Möglichkeit – das werden Sie in meiner Rede eben bemerkt haben – ist die, den Dingen nicht vorzugreifen, sondern aus der Rolle der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Aufklärung fordern, heraus zu argumentieren. Ich fände auch das eine legitime Herangehensweise.

Keine sinnvolle und legitime Herangehensweise, meine Damen und Herren, ist aber, sich hier hinzustellen und zu sagen: Aber in Rheinland-Pfalz macht irgendwer irgendwas anders. – Was ist das denn für ein Argument? Das ist aus meiner Sicht keines.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das denn unbedingt wollen, will ich Ihnen das ja nicht vorenthalten. Dann blicken wir doch einmal nach Rheinland-Pfalz. Ich zitiere einmal jemanden:

„Um die Ergebnisse ehrlich aufzuarbeiten, braucht es einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.“

Das hat der rheinland-pfälzische CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Baldauf gesagt – kluger Mann scheinbar.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Sie sagen hier, man habe sich in Rheinland-Pfalz auf eine Enquete geeinigt. Das ist ja zutreffend. Was Sie aber verschweigen und vermutlich auch wissen, ist, dass die Fraktionen dort derzeit in Gesprächen über die Modalitäten der Einsetzung eines zusätzlichen Untersuchungsausschusses sind.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Auch das gehört dann hier auf den Tisch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann wollen wir den CDU-Fraktionsvorsitzenden aus Rheinland-Pfalz doch noch einmal zitieren, meine Damen und Herren. Herr Baldauf hat gesagt, dann könne die Enquete auf den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses aufbauen. So ist es in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

Ihren Vorschlag, wenn er denn ernst gemeint ist, eine Enquetekommission einzurichten, finde ich nicht schlecht. Wir haben allerdings eine andere Situation als in Rheinland-Pfalz. Dort steht man ja am Beginn ihrer Legislaturperiode.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Genau!)

Wir sind zugegebenermaßen am Ende.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Insbesondere die Koalition!)

Und Sie alle wissen doch, wie eine Enquete arbeitet. Eine Enquete ist breit aufgestellt und von der Zeitdimension her groß angelegt. Sie würde doch keine zeitnahen Ergebnisse mehr bringen.

Aber, meine Damen und Herren, Ihre Argumentation, eine Enquete „Hochwasser“ einzurichten, ist nicht von der Hand zu weisen. Ich finde, wir sollten das eine durch das andere ergänzen, also das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Insofern darf ich das wiederholen, was unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty nicht erst heute oder gestern schon angekündigt hat: Die SPD-

Fraktion in diesem Haus ist offen für eine Enquete-kommission.

Ich habe aber an Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Frage: Wo ist denn Ihr Antrag, diese einzusetzen? Wo ist das Ding?

(Beifall von der SPD)

Aber das kann man natürlich noch heilen. Vielleicht war die Zeit ein bisschen knapp. Ohne jede Polemik will ich feststellen, dass so etwas auch schon mal danebengeht. Das können Sie heilen.

Ich schlage Ihnen vor, meine sehr verehrten Damen und Herren – wir arbeiten auch mit –: Setzen Sie doch im Oktober-Plenum eine Enquetekommission ein. Dann werden all die von Ihnen vorgetragenen Anliegen dort bearbeitet werden können. Wir tun das eine, ohne das andere zu lassen. Wenn Sie auch dafür sind, sind wir an Ihrer Seite.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend: Ich habe, glaube ich, zum Ausdruck gebracht, dass ich durchaus Respekt dafür habe, dass wir in der Frage, ob wir einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nun brauchen oder nicht, unterschiedlicher Meinung sein können – selbstverständlich.

Zu der Frage, ob nach einer Katastrophe ein Untersuchungsausschuss sinnvoll ist oder nicht, hat sich im Jahr 2017 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk der Ministerpräsident hinsichtlich der nachträglichen Bewertung der Loveparade-Katastrophe geäußert. Er hat gesagt, es sei ein Fehler gewesen, damals keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt zu haben.

Lassen Sie uns beim Hochwasserthema diesen Fehler nicht machen. Lassen Sie uns zusammenarbeiten und aufklären. Wir sind offen für Enquete und für Untersuchungsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kämmerling. – Nun hat für die grüne Fraktion Herr Kollege Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um die Begründung – das will ich am Anfang sagen – der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Es geht nicht, Herr Keith, um eine Philippika und eine Anklage gegenüber der Landesregierung. Es geht darum, Fragen zu stellen, die beantwortet werden müssen.

Es geht auch nicht darum, Herr Dr. Nolten, eine Verteidigungsrede der Wasserverbände zu halten.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Genau! So ist das!)

Vielmehr geht es im Kern – das steht auch im Untersuchungsauftrag drin – um das Krisenmanagement, die administrativen Abläufe und die Kommunikation innerhalb der Landesregierung und gegenüber den nachgeordneten Behörden. Das ist der Kern des Untersuchungsauftrages. Und das ist dringend notwendig.

Wir sind auch nicht in Rheinland-Pfalz, sondern wir sind in Nordrhein-Westfalen, und wir haben uns hier mit den realen Zusammenhängen zu beschäftigen.

Wenn mich eines davon überzeugt hat, dass ein Untersuchungsausschuss notwendig ist, dann war es das Auftreten der Landesregierung, insbesondere von Herrn Minister Reul in der gestrigen Unterrichtsdebatte: am Anfang gewunden wie ein Aal, um dem Untersuchungsausschuss noch zu entkommen, und am Ende, als das eben nicht mehr möglich war, Gift und Galle gespritzt gegenüber dem Parlament und denjenigen Fraktionen, die einen Untersuchungsauftrag wollen.

(Gordan Dudas [SPD]: Der weiß schon, warum!)

Das ist für einen Minister, der die Verfassung verteidigen muss, nicht angemessen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Denn im Kern geht es um das Vertrauen in Demokratie. Das ist gestört. Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat sie beschützt – vor Gesundheitsgefahren beschützt, die Familie beschützt, die Freiheit beschützt. Und das Vertrauen in den Schutz ist erschüttert.

Es geht auch nicht um Schuld und Sühne, sondern um politische Verantwortung. Diese gilt es zu klären, wenn die Landesregierung – bisher jedenfalls – die politische Verantwortung nicht übernommen hat.

An anderer Stelle ist das schon mal passiert. Ich kann mich noch erinnern, dass der Ministerpräsident in einer Debatte zu Recht – auch mein Respekt – auf Rudolf Seiters verwiesen hat.

Bisher hat die Landesregierung alles von sich gewiesen. Politische Verantwortung war nie Teil ihrer Kommunikation.

Deshalb ist es notwendig, dass dieser Landtag das schärfste Schwert nutzt, das die Demokratie und die Verfassung bieten, nämlich Verantwortung und politisches Vertrauen durch einen Untersuchungsausschuss wiederherzustellen – kurz und knapp und eng umrissen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Remmel. – Der nächste Redner ist Herr Keith für die AfD-Fraktion.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Schnelle, Herr Lübke, Herr Dr. Nolten, nicht ein einziges Mal kam das Wort „Verantwortung“ oder „Verantwortlichkeit“ über Ihre Lippen – nicht ein einziges Mal.

Bei all diesen katastrophalen Fehlern, die hier gemacht worden sind, die 49 Menschen das Leben gekostet haben, muss es doch wohl gestattet sein, zu fragen: Wer trägt hier die Verantwortung?

Uns geht es nicht darum, festzustellen, wer schuldig oder wer nicht schuldig ist, sondern die Suche nach der Schuld ist auch gleichzeitig die Suche nach demjenigen, der für all dies verantwortlich ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Keith. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zu den Abstimmungen.

Erstens stimmen wir über den Antrag der Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/14944 – Neudruck – ab. Die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrags. Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD und Grüne stimmen zu. Wer stimmt gegen den Antrag? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von CDU, FDP und AfD ist dieser **Antrag Drucksache 17/14944** einstimmig **angenommen**.

Zweitens stimmen wir über den Antrag der Abgeordneten der Fraktion der AfD Drucksache 17/14948 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, Grüne und FDP stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/14948** mit der breiten Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2021 – NHHG 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14920

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/14978

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15139

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Wiederaufbauhilfe Nordrhein-Westfalen 2021“ (NRW-Wiederaufbauhilfegesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14921

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/14979

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2021 – NHHG 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14920

dritte Lesung

Die Beratung zur zweiten Lesung ist eröffnet. Die CDU hat das Wort. Es spricht Herr Lehne.

Olaf Lehne (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Unwetterkatastrophe im vergangenen Juli hat tiefe Wunden in unserem Land hinterlassen, wie wir jetzt bei den letzten Diskussionen auch gehört haben. Viele Städte und Dörfer sind zerstört; Straßen, Brücken und Schienen sind unbefahrbar geworden.

Uns allen ist bewusst, dass der Wiederaufbau Jahre dauern wird. Schnelle maßgeschneiderte Hilfe für die betroffenen Personen, Unternehmen und Kommunen hat für uns oberste Priorität.

Dies hat die NRW-Landesregierung mit der Soforthilfe in Höhe von 300 Millionen Euro bereits unter Beweis gestellt. Wie bereits bei der Coronapandemie konnte mit der Soforthilfe schnell und unbürokratisch an den richtigen Stellen geholfen werden.